



Ausgabe A  
ISSN 0723-4856  
B 4894 E

# holzbau report

7  
Juli  
2005

Mitteilungen der Verbände des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes

## Thema des Monats

Bundespräsident Horst Köhler fand knackige Worte, und den rund 1.800 Delegierten und Gästen beim Festakt "100 Jahre Deutscher Städtetag" sprach er aus dem Herzen: "Die Föderalismusreform liegt auf Eis. Ich hoffe, da bleibt frisch, was bisher an Vernünftigem erreicht wurde. Und dazu gehört aus meiner Sicht unbedingt die Durchsetzung des Grundsatzes „Wer bestellt, bezahlt.“ Hiermit spielte der Bundespräsident auf die Tatsache an, dass Bundesgesetze oftmals so gestrickt sind, dass sie zwar in Berlin beschlossen, aber auf der entscheidungstechnisch weit entfernten Ebene der Städte und Gemeinden umgesetzt und finanziert werden müssen. Besonders augenfällig zeigte sich dies bei Hartz IV. Anfänglich wurde als Durchbruch gefeiert, dass Zuständigkeit und Finanzierung neu geregelt wurden. Vorher zahlte die Bundesanstalt (später Agentur) für Arbeit für die Arbeitslosen, die Kommunen trugen die Sozialhilfe.

### Zersplittert und zerfasert



Die Föderalismusreform muss zentrale Aufgabe aller Politikebenen sein, damit Deutschland sich nicht weiter selbst blockiert. Grafik: gmw

## „Wer bestellt, bezahlt“

**Städte und Gemeinden verlangen eine sachgerechte Neuordnung von Kompetenzen und Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben.**

Nun gilt: Für arbeitsfähige Arbeitslose zahlt der Bund, die Gemeinden alimentieren die Nicht-Erwerbsfähigen. Diese feine, neue Unterscheidung nutzten die Gemeinden zu einer feinsinnigen Retourkutsche; sie legten den Begriff "arbeitsfähig" zulasten des Bundes aus, und Finanzminister Eichel rieb sich die Augen, wie teuer Hartz IV wurde.

Die Arbeit der Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat zur Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen ("Föderalismusreform") hatte nach zehn Sitzungen in 13 Monaten im Dezember 2004 überraschend das Scheitern des Projekts verkündet. Ursachen sollen unüberbrückbare Gegensätze in der Bildungspolitik und im Verhältnis zur EU gewesen sein.

Doch eine wahre Reform unseres Gemeinwesens braucht weitaus mehr. Die Rolle des Bundesrates (als Stimme der Länder) und auch ein mögliches Selbstauflösungsrecht des Bundestages gehören auf die Agenda. Wer hier den Schwanz einkneift und auf instabile Verhältnisse in der Weimarer Republik der 1920er Jahre verweist, hat die Realität nicht begriffen. Die Bundesrepublik Deutschland darf sich einer belastbaren Demokratie erfreuen.

Der Unmut und der Frust des Volkes kommen nicht

von ungefähr. Diese ewige Blockade zwischen Bund und Ländern ist es, die durchgreifende Reformen so weit verspätet und verwässert hat, dass nun eine Herkulesaufgabe angewachsen ist.

Skeptiker malen ein bedrückendes Szenario für die nächsten fünf, sechs Jahre. Nehmen wir an, ab Herbst regiert die CDU/CSU, mit oder ohne Koalitionspartner. Auch diese Regierung muss Einschnitte vornehmen, die den zahlenmäßig größeren Teil der Bevölkerung schmerzt. Das Volk verpasst ihr bei den folgenden Landtagswahlen die Quittung. Immer mehr Länderparlamente fallen wieder in linke Hände. Die Linksparteien gewinnen im Bundesrat die Oberhand, und nichts geht mehr ohne Vermittlungsausschuss.

Was wiederum die Politikverdrossenheit weiter schürt. Vermittlungsausschuss? Wer sitzt da eigentlich drin? Den habe ich nicht gewählt! So krankt das System daran, dass die Bürger nicht mehr erkennen können, wer für was verantwortlich ist. Im Bund werden Gesetze gemacht, an denen, die, die sie ausführen und finanzieren müssen, die Gemeinden, nicht beteiligt waren. Mehr noch: Manches kommt gar aus Brüssel auf sie zu, siehe Feinstaubverordnung.

Wer auch immer demnächst in Berlin das Sagen hat: Ohne eine gründliche Neuordnung von Kompetenzen und Finanzierungsströmen zwischen, Gemeinden, Landkreisen, Ländern und Bund gibt es keine Aussicht auf effizientes Regieren.